

Antrag A 10

zur 14. Landesdelegiertenversammlung

Antragsteller: Kreisverband Remscheid



Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

1 Nein zu anonymisierten Bewerbungsverfahren

Die MIT spricht sich gegen die Pläne der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zur Einführung anonymisierter Bewerbungen aus. Sie fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesregierung auf, sich gegen eine grundsätzliche Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren zu positionieren und gleichzeitig für die Einstellung des entsprechenden Pilotprojektes der Antidiskriminierungsstelle des Bundes initiativ zu werden.

Begründung:

Anonymisierte Bewerbungsverfahren stehen einer möglichst schnellen und passgenauen Besetzung von offenen Stellen mit den am besten geeigneten Bewerbern entgegen. Stattdessen würde ein solches Verfahren zu unverhältnismäßig höherem Verwaltungsaufwand und Bürokratie führen und bei den Unternehmen zusätzliche Kosten verursachen.

Zudem ist für ein Unternehmen neben einer umfassenden Beurteilung der fachlichen Qualifikation auch die persönliche Eignung im Interesse des Betriebsklimas von entscheidender Bedeutung.

Um sich über einen Bewerber bereits vor einem Vorstellungsgespräch einen ersten allgemeinen Eindruck verschaffen zu können, muss es dem Arbeitgeber möglich sein, auch Einblick in allgemeine Personendaten wie u.a. Alter, Geschlecht, Wohnort und Familienstand zu nehmen. Diese Angaben gehören untrennbar zur persönlichen Biographie eines Bewerbers dazu.

Bereits heute verhindert das Antidiskriminierungsgesetz die Diskriminierung von

29 Bewerber. Zusätzliche gesetzliche Regelungen oder andere Vorgaben sind nicht
30 erforderlich und schaffen nur unnötige Bürokratie.

31

32 **Votum der Antragskommission: Annahme**